

Stellungnahme zum Antrag

Nr. AT/0009/2016

Beratung im **Stadtrat** am **28.01.2016**, TOP 29 öffentliche Sitzung

Betreff: Antrag der AfD-Ratsfraktion: Antrag auf Abstellung oder Neuschaffung eines Dienstpostens zur Klärung der Kostensituation bezüglich der Unterbringung von Asylanten in der Stadt Koblenz für die Jahre 2013 bis 2015 und zukünftig

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltung fokussiert und konzentriert sich darauf, ihre Aufgaben, insbesondere die Akquise und Beschaffung von Wohnraum sowie deren Ausstattung, die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Aufgaben in der Ausländerbehörde und Aufgaben im Bereich der Integration, insbesondere Sprachförderung zu bewältigen.

Die Personalausstattung im Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales und dem Ordnungsamt entspricht derzeit noch nicht dem gegebenen Personalbedarf.

Vor diesem Hintergrund wurde die Anfrage in der Ratssitzung am 15.10.2015 (TOP 14 ö. S.) nach den Kosten für die abgelehnten Asylbewerber der Jahre 2013, 2014 und 2015 dahingehend beantwortet, dass eine solche Erhebung und Auswertung mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht möglich ist.

Die nunmehr in dem Antrag aufgelisteten Punkte gehen darüber noch weit hinaus.

Die Verwaltung ist der Ansicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Erledigung der oben genannten Aufgaben erste Priorität hat und kein Personal für die Erhebung statistischer Daten gebunden werden sollte.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag auf „Abstellung oder Neuschaffung eines Dienstpostens“ abzulehnen.